

Prüfer:

StrafR: Ministerialdirigent a. D. Hörner (Vorsitzender)

ZivilR: RiLG Stich

ÖffR: Prof. Dr. Gurlit

Wahlfach (IPR): Prof. Dr. Hepting

	K1	K2	K3	K4
Ergebnisse aus dem schriftlichen Teil	5,81	10,4	7,75	7,93
StrafR	8	13	12	12
ZivilR	10	11	11	10
ÖffR	8	10	11	12
Wahlfach	7	9	12	11
Gesamtergebnisse	6,54	10,54	9,0	9,04

A. persönlicher Eindruck

Entgegen früherer Protokolle halte ich G. für einen echten Glücksgriff:

- Sie hat ein paar Standardfälle, die sie in der Übung im WS 2001/02 fast alle durchgenommen hat. Falls Ihr die Möglichkeit habt, Euch diese noch zu besorgen, ...
- Ihre Notengebung war trotz einer extrem chaotischen Prüfung extrem wohlwollend

Zugegebenermaßen kann man nicht immer wissen, was sie jetzt genau will, aber wenn man nachfragt, nimmt sie einem das nicht übel. Außerdem scheint es zu helfen, wenn sie einen aus ihren Veranstaltungen kennt, besonders aus dem Examenskurs!

B. Die Prüfung

G. leitete die Prüfung mit den Worten ein, dass wir im internationalen Bereich bleiben würden. Zudem hatte sie bereits zuvor demonstrativ die Europarechts-Gesetzestexte auf den Tisch gelegt, so dass wir wussten, was uns blühen würde.

Sie stellte folgenden Fall:

Der frz. Spediteur F möchte in 4 Tagen eine Ladung frz. Möbel nach Deutschland bringen. Heute erfährt er, dass zu diesem Zeitpunkt eine Versammlung von Naturschützern auf der Autobahn bei Alzey geplant ist, so dass die Autobahn gesperrt sein wird. Er ruft bei der zuständigen Behörde an und verlangt, dass diese die Versammlung verhindere. Die Behörde lehnt dies jedoch unter Berufung auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit ab. Was kann F tun?

In Betracht kommt ein Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz. Dieser hat Erfolg, wenn er zulässig und begründet ist.

I. Zulässigkeit

Der Antrag ist zulässig, wenn alle Sachentscheidungsvoraussetzungen vorliegen.

1. VRW - § 40 VwGO unter Runterspulen der üblichen Sätze (+)
2. Statthafte Antragsform:
richtet sich entsprechend § 88 VwGO nach dem Begehrt des Antragstellers
hier: § 123 I VwGO (Regelungsanordnung) mit Verweis auf § 123 V VwGO
3. Antragsbefugnis: (+), da jdf. aus Grundrechten ein Anspruch auf fehlerfreies Ermessen, ggf. sogar Ermessensreduzierung auf Null
4. RSB: zunächst erfolgloser Antrag bei Behörde erforderlich? hier jdf. (+)
5. Beteiligtenbezogene Voraussetzungen - § 11 VwVfG (hier wollte sie unbedingt wissen, welche Behörde für den Erlass des Versammlungsverbots zuständig ist – Hintergrund: in

allen anderen Bundesländern gibt es spezielle VOen hierfür, in RLP allerdings nicht – dies sorgte für einige Verwirrung. Letztlich sind die allgemeinen Ordnungsbehörden zuständig)

6. Erg.: (+)

II. Begründetheit: (+), falls Anordnungsanspruch und –grund

1. öffentliche Versammlung unter freiem Himmel (+)

Hier stiftete G. etwas Verwirrung, indem sie fragte, ob der Versammlungsbegriff des GG und der des VersG identisch seien (sind sie, also warum fragt sie nach ?)

Bei einer Versammlung handelt es sich um eine Zusammenkunft mehrerer Personen zur gemeinsamen Meinungsbildung und –äußerung.

2. unmb. Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (+)

- Def. öff. Sicherheit: Unter den Begriff „öffentliche Sicherheit“ fallen sowohl der Schutz individueller Rechtsgüter als auch der Schutz des Staates und seiner Einrichtungen sowie der gesamten Rechtsordnung

- Def. unmittelbare Gefahr: Konkrete Gefahr ist eine in einem einzelnen Fall bestehende Sachlage, die erkennbar die objektive, nicht entfernte Möglichkeit in sich birgt, bei ungehindertem Ablauf mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden zu führen.

3. Rechtsfolge

Problem: § 15 VersG räumt nur Ermessen ein

⇒ Ermessensreduktion auf Null?

Von einer Ermessensreduzierung auf Null spricht man, wenn im Rahmen einer Ermessensentscheidung jede andere Entscheidung einen Ermessensfehler darstellen würde und sich das Ermessen folglich zu einer einzigen zulässigen Entscheidung verdichtet.

⇒ Abwägung der kollidierenden Interessen nötig

- Warenverkehrsfreiheit
- Berufsfreiheit
- Versammlungsfreiheit

K1 vertrat hierzu die Ansicht, dass die Interessen des F vorrangig seien (wie dies nach Ansicht des EuGH im Originalfall der Fall war), K2 und ich waren anderer Ansicht, v.a. im Hinblick auf die überragende Bedeutung der Versammlungsfreiheit und die nur geringfügige Beeinträchtigung des F. Dem stimmte G. wohl zu.

4. Erg.: (-)

III. Erg.: (-)

Exkurs: Schließlich wollte G. noch wissen, was die politischen Hintergründe des Originalfalles vor dem EuGH gewesen seien. ES handelte sich um die LKW-Blockade in Frankreich, in der der EuGH erstmals von Schutzpflichten aus den Grundfreiheiten ausgegangen ist.

C. Fazit

Nach einhelliger Meinung: sehr ordentliche Prüfung mit wohlwollender Notengebung!!!

Viel Glück bei Deiner Prüfung!!!